

## **Martin Haag**

**Vorsitzender des Verbandes der Chemischen Industrie e. V., Landesverband  
Baden-Württemberg**

**Dienstag, 14. Februar 2023, 10:00 Uhr | Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

schön, dass wir uns wieder einmal in Stuttgart zur diesjährigen Pressekonferenz der Chemieverbände treffen.

### **2022 und der Blick nach vorne**

Mit Blick auf das abgelaufene Jahr können wir nicht zufrieden sein. Das gilt auch und gerade im Vergleich zu den Daten für die Chemie in Deutschland allgemein.

Kurz zu den Faktoren, die uns hier deutlich unterscheiden:

- Wir können als mittelstandsbetonte Branche oft Kosten, wie die explodierten Energiepreise sowie hohe Rohstoff- und Erzeugerpreise, nicht weitergeben.
- In der Branchenstruktur stehen wir in Baden-Württemberg eher weiter hinten in der Produktionskette. Die großen Umsatzzuwächse sind am Anfang der Kette, in der Grundstoffproduktion in Deutschland gelaufen – aber auch hier im Wesentlichen preisgetrieben.
- Durch die Pandemie sind wir im Land besser gekommen als der Bundesschnitt der Chemie. Das liegt auch an unserem hohen Pharmaanteil. Das macht sich nun statistisch durch schwächere Steigerungen bemerkbar.

Für Baden-Württemberg gilt: Wir müssen jetzt umso stärker durchstarten. Davon gehen unsere Unternehmen, wie unsere Umfrage zeigt, auch aus.

Sie erwarten in der Mehrheit steigende Umsätze. Allerdings ist es hier notwendig, den Blick auf die negativen Ertragserwartungen zu richten: Mehr als vierzig Prozent rechnen mit rückläufigen Erträgen. Und trotz der riesigen Herausforderungen, die vor uns liegen, müssen knapp ein Drittel unserer Unternehmen Investitionen zurückfahren. Das ist ein Alarmzeichen – trotz der positiven Umsatzerwartungen.

Kritisch für den Chemie- und Pharma-Standort Deutschland und Baden-Württemberg ist zudem, dass die deutliche Mehrheit der Unternehmen die größten Marktchancen im Ausland statt hier am Standort sieht, fast die Hälfte sogar außerhalb der EU!

Wir haben in der Umfrage auch die größten Risiken für den Erfolg der Unternehmen 2023 abgefragt: Die Rohstoff- und Energiekosten liegen unangefochten vorne. Aber das ist kein Wunder: Die Gas- und dadurch auch die Strompreise haben zwischenzeitlich historische Höchststände erreicht. Sie bewegen sich auch weiterhin trotz eines Preisrückgangs auf sehr hohem Niveau.

Dies stellt gerade energieintensive und mittelständische Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, vor enorme Herausforderungen. Viele haben bereits ihre Belastungsgrenze erreicht. Bleibt die Lage so angespannt, droht ein langfristiger Verlust von Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätzen.

### **Transformationen: Sie lassen uns nicht los**

Die Transformation der Branche ist zentral und notwendig - egal, ob im In- oder Ausland. Die Herausforderungen sind groß: Klimaneutralität, Bewältigung der EU-Chemikalienpolitik, unser fortschreitender Umbau in eine

funktionierende Kreislaufwirtschaft und die immer noch disruptiven Einflüsse der Digitalisierung.

Ich gehe im Folgenden auf die Transformation ein, die uns im Moment am stärksten umtreibt: der Weg zur Klimaneutralität. Was untrennbar damit zusammenhängt: die Energiefrage.

### **Bezahlbare und zunehmend grüne Energie!**

Hier ist die entscheidende Frage: Woher? Zu welchem Preis? Um bis 2050 treibhausgasneutral zu werden, brauchen wir als Branche in Deutschland mehr als 500 Terrawatt-Stunden grünen Strom pro Jahr! Derzeit verbraucht ganz Deutschland in etwa diese Menge, aus allen Quellen, pro Jahr.

Es ist klar: Es kann kein Umbau der Industrie stattfinden, wenn diese Energie nicht verfügbar ist. Und wenn die Industrie nicht umgebaut werden kann, wäre der Industriestandort Deutschland am Ende.

Denn im Grundsatz gilt: Die Industrie folgt der Energie. Deshalb muss im Interesse des Industrielandes Baden-Württemberg beim Ausbau der erneuerbaren Energien und beim Bau der notwendigen Netze und Leitungen endlich Tempo reinkommen – das gilt für Strom und Wasserstoff gleichermaßen.

Was haben wir im Moment: Viel zu lange Genehmigungsverfahren, für Stromleitungen genauso wie für neue innovative Anlagen sowie für Pipelines oder andere Energieanlagen. Wenn Klimaschutz Vorfahrt haben soll, muss die Politik hier auch die Schilder richtig aufstellen!

Wir brauchen wir weiter eine zuverlässige Gasversorgung, denn die Chemie braucht Gas als Energie und Rohstoff! Also: Gas sparen, und das geht am einfachsten, in dem alle

verfügbaren Kohle- und Kernkraft-Kapazitäten mindestens bis Frühjahr 2024 am Strommarkt teilnehmen können.

### **Wasserstoff als wichtiger Rohstoff der nahen Zukunft**

Beim Thema „klimaneutrale Chemie- und Pharmaindustrie“ ist Wasserstoff ein entscheidender Faktor. Aber auch hier stehen wir vor der Herausforderung, dass wir noch viel zu wenig Wasserstoff haben, auch als Energie-Speicher.

Für Anlagen, Leitungen und Speichermöglichkeiten müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst werden. Dabei soll der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck bei der Wasserstoff-Erzeugung entscheidend sein.

Glücklicherweise kommen wir mit verschiedenen Pilotprojekten gut voran, gerade in Baden-Württemberg. Forschungsprojekte wie am KIT in Karlsruhe oder auch Erprobungsprojekte wie am Hochrhein lassen hoffen.

Allerdings gilt auch hier: Wenn wir richtig weiterkommen wollen, muss die Politik das Thema zur Nummer eins machen. Wir können und wir wollen technisch vorankommen. Wir können liefern. Aber die Politik muss in erster Linie die Rahmenbedingungen richtig setzen.

Grundsätzlich gilt es hierbei, eine kluge Strategie aus dem notwendigen Hochlauf von Elektrolyseanlagen im industriellen Maßstab vor Ort, dem Import von Wasserstoff wie auch der technologieoffenen Einbindung von anderweitig nachhaltig erzeugtem Wasserstoff zu finden.

Denn wir hoffen, dass Konsens besteht, dass wir Klimaschutz in Deutschland nicht durch das Abschalten und Abwandern von Produktion hinbekommen – sondern durch Innovation!

### **„Die Apotheke Deutschlands“ – auch in Zukunft?**

Der Pharmastandort Deutschland, aber auch der Standort Baden-Württemberg hat als Standort für viele Arzneimittelhersteller gelitten. Und inzwischen spüren es auch die Patienten – die Knappheit von inzwischen deutschlandweit mehr als 400 Medikamenten und Zubereitungsformen ist erschreckend. Wir können mit Fug und Recht sagen, dass unser Gesundheitssystem einer der Auslöser davon ist, mit gravierenden Folgen. Denn diese Knappheit betrifft Antibiotika genauso wie Krebsmedikamente oder Mittel gegen Bluthochdruck, die bekannten Fiebersäfte für Kinder ebenso wie Herzmittel.

Baden-Württemberg ist mit einem Anteil von 40 Prozent an der Pharmaproduktion in Deutschland, mit mehr als einundvierzigtausend Beschäftigten in dieser Teilbranche, immer noch die Apotheke Deutschlands. Die Unternehmen, die hier – noch! – tätig sind, stehen für eine forschungsintensive, innovative Branche. Sie investieren, auch, weil sie investieren müssen, in F+E. Leider sehen sie den „Return on Investment“, ohne den kein Unternehmen leben kann, immer seltener. Dabei gilt: Innovationen müssen sich lohnen – und sie müssen neue Investitionen finanzieren. Allerdings ist das hier schwierig - denn das Gesundheitssystem ist Deutschland ist krank.

Wir haben in Baden-Württemberg heute noch genau einen der großen Generika-Hersteller. Vor zehn Jahren waren es noch mehr. Wir haben zahlreiche forschende Arzneimittelhersteller im Land und sind immer noch ein starker Arzneimittel-Produktionsstandort: Wir produzieren in Deutschland für die Welt! Aber es ist schwieriger geworden.

Das Umsteuern der Politik aufgrund öffentlichen Druckes bei den extremen Auswirkungen der Rabattverträge der

Krankenkassen ist ein erster Schritt – oder zumindest dessen Ankündigung. Es geht nicht mehr „immer billiger“ ohne den Zwang, die Produktion zu verlagern. Es geht nicht mehr „nur einer liefert“ ohne das Risiko des Totalausfalls.

Lassen Sie es mich deutlich sagen, und da spreche ich nicht nur als VCI-Vorsitzender, sondern auch als Werkleiter eines Pharmaunternehmens: die Pharmaindustrie leistet und liefert! Im vergangenen Jahr sind 49 neue Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen in Deutschland auf den Markt gekommen. Das ist eine tolle Leistung.

Wir kämpfen aber auch dafür, dass diese Medikamente heute und in Zukunft in Deutschland hergestellt werden können. Da werben wir um die Unterstützung durch die Politik. Die Gesundheitspolitik muss einsehen, dass die Arzneimittel eben nicht die Kostentreiber im Gesundheitswesen sind. Sondern dass sie – auch als Teil der industriellen Gesundheitswirtschaft – ein wichtiger Bestandteil der deutschen, der baden-württembergischen Wirtschafts-DNA, sind!

### **Mehr Augenmaß, weniger Bürokratie**

Manchmal ist Unterstützung durch die Politik auch eher schwierig – gut gemeint, schlecht gemacht: Beispiel Energiepreisbremsen, besser bekannt als Gaspreisbremse.

Hier gibt es Unterstützung bei den Kosten – ja, aber: nur bei teilweise nicht durchführbaren Eingriffen in die Unternehmensautonomie. Unterstützung – ja, aber nur mit einer Datenvorlage, die ein Großunternehmen schwierig und ein Mittelständler faktisch nicht mehr leisten kann. Das funktioniert so nicht.

Wir sind darauf angewiesen, dass die Politik vernünftige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzt. Ist das nicht der Fall, wird es schwierig.

Denn gegen überbordende Bürokratie haben Unternehmen im Grundsatz nur eine Option: Nicht dort zu investieren, wo sie erdrückend ist. Oder sogar zu de-investieren.

Meine Damen und Herren, das wollen wir nicht!

Wir schätzen den Standort Baden-Württemberg – im Grundsatz. Aber wir brauchen, gerade in herausfordernden Zeiten des Umbruchs mehr Konzentration auf das, was den Kern eines Unternehmens ausmacht: Forschen, entwickeln, produzieren, verkaufen. Dazu stellen wir Menschen ein, die wir gut bezahlen, ausbilden, fair behandeln – und diese Menschen, genauso wie wir, zahlen hier Steuern.

Also: Beschränkung auf das Wesentliche an Bürokratie, Beschleunigung, wo es möglich ist, Vereinfachung, wo es nötig ist.

Deshalb appellieren wir dringend an die Landesregierung: Nehmen Sie den Ball auf, den Ihnen die Wirtschaft, die Städte und Kommunen im vergangenen Herbst zugespielt haben. Das Thema „Zukunftskonvent“ ist eine echte Chance, Baden-Württemberg wieder zu einem Standort zu machen, wo gerne gearbeitet, aber auch für die Zukunft investiert wird.

Wir sind bereit, mitzumachen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!